

Fraktion der SPD im Deutschen Bundestag





05	Den Menschen verpflichtet
09	Die SPD im Deutschen Bundestag
13	Die Arbeit der Fraktion
20	Die Arbeit der Abgeordneten im Wahlkreis
24	Unsere Grundwerte
26	Wichtige Geschichtsdaten
32	Hinweise/Kontakt

Den Menschen verpflichtet

Die gewählten Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands bilden gemeinsam die SPD-Bundestagsfraktion und vertreten die sozialdemokratische Politik im Deutschen Bundestag. Seit Gründung des Deutschen Bundestages 1949 hat die SPD einen starken Anteil an den politischen Weichenstellungen in diesem Land. Den Menschen verpflichtet, in der stolzen Tradition des demokratischen Sozialismus, mit Sinn für Realität und mit Tatkraft stellt sich die SPD-Bundestagsfraktion selbstbewusst ihren Aufgaben. Für dauerhaften Frieden und für die Sicherung der ökologischen Lebensgrundlagen. Für eine freie, gerechte und solidarische Gesellschaft. Für die Gleichberechtigung und Selbstbestimmung aller Menschen – unabhängig von Herkunft und Geschlecht, frei von Armut, Ausbeutung und Angst.

Wir verbinden das Soziale mit dem wirtschaftlich Vernünftigen.

Wir arbeiten für nachhaltigen Fortschritt, der wirtschaftliche Dynamik, soziale Gerechtigkeit und ökologische Vernunft vereint. Durch qualitatives Wachstum wollen wir Armut und Ausbeutung überwinden, Wohlstand und gute Arbeit für alle ermöglichen und dem bedrohlichen Klimawandel begegnen. Es gilt, die natürlichen Lebensgrundlagen auch für künftige Generationen zu sichern und die Qualität des Lebens zu verbessern. Dafür stellen wir die Möglichkeiten des wissenschaftlichen und technischen Fortschritts in den Dienst der Menschen.



Wir kämpfen für eine solidarische Gesellschaft. Für uns heißt es, Menschen für Menschen und Generationen für Generationen, nicht jeder für sich. Wir wollen eine starke, vitale, solidarische Bürgergesellschaft.

Wir entwickeln den vorsorgenden Sozialstaat, der Armut bekämpft, den Menschen gleiche Chancen auf ein selbstbestimmtes Leben eröffnet, gerechte Teilhabe gewährleistet und die großen Lebensrisiken verlässlich absichert. Wir setzen auf das Miteinander der Generationen und die Gleichberechtigung von Frauen und Männern. Unsere Unterstützung gilt den Familien, unsere besondere Solidarität gilt den Schwächsten in unserer Gesellschaft. Wir wollen ein gesundes Leben und gute Bildung für alle.

Wir setzen auf die Stärken der solidarischen Bürgergesellschaft. Mit der Gestaltungskraft demokratischer Politik wollen wir den Zusammenhalt in unserem Land stärken, Zugehörigkeit und Heimat ermöglichen. Wir wollen eine Kultur der Anerkennung fördern: Die Menschen sollen in gegenseitigem Respekt vor der Würde, der Kultur und der Leistung ihrer Mitmenschen zusammenleben. Wir arbeiten für unseren sozialen und demokratischen Rechtsstaat, der Sicherheit in Freiheit gewährleistet.

Wir erstreben eine friedliche und gerechte Weltordnung. Wir setzen auf die Stärke des Rechts, um das Recht des Stärkeren zu überwinden. Das soziale Europa muss unsere Antwort auf die Globalisierung werden. Nur in gemeinsamer Sicherheit und Verantwortung, nur in Solidarität und Partnerschaft werden die Völker, Staaten und Kulturen das Überleben der Menschheit und des Planeten sichern können.

.....

Wege in eine lebenswerte Zukunft

Angesichts der Herausforderungen des 21. Jahrhunderts, angesichts von Globalisierung und ökologischer Krise, betrachten wir Nachhaltigkeit als das einzig vernünftige Grundprinzip politischen und wirtschaftlichen Handelns.

Wir versprechen niemandem, dass wir die fehlerlose Gesellschaft oder gar ein irdisches Paradies schaffen. Dazu ist diese Welt zu sehr angefüllt mit Konflikten und Ausbeutung, mit Fanatismus und Gewalt. Auch unser Wollen und Planen ist dem Irrtum unterworfen. Aber wir lassen uns nicht entmutigen. Wir suchen in dieser Welt, wie sie ist, Wege in eine lebenswerte Zukunft.



Daher überprüfen wir unsere Absichten auf ihre Zukunftstauglichkeit, auf ihre Nachhaltigkeit hin. Dies gilt ausnahmslos für alle Felder der Politik. Nicht alles, was zukunftstauglich ist, Nachhaltigkeit verspricht, muss auf Anhieb populär sein. Das gilt für die Reform der sozialen Sicherungssysteme und die Steuerpolitik nicht weniger als für die Minderung der Treibhausgase. Aber wir haben uns entschieden: Im Zweifel für die Nachhaltigkeit.

Wir wollen eine moderne, soziale und ökologische Gesellschaft. Eine Gesellschaft, die allen Menschen mehr Chancen eröffnet. Eine Gesellschaft, die ihre Kraft aus der Solidarität bezieht und in der Bildung kein Luxusgut ist. Die alle Menschen, egal woher sie stammen, willkommen heißt. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten in der Bundestagsfraktion arbeiten daran, diese Vision mit Leben zu füllen.



Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Das sind die Grundwerte der Sozialdemokratie. Sie prägen unsere politischen Ziele und unser politisches Handeln. In unserem Verständnis bilden diese Werte eine Einheit. Sie sind gleichwertig und gleichrangig. Sie bedingen, ergänzen, stützen, begrenzen einander und werden nicht gegeneinander ausgespielt. Unser Verständnis der Grundwerte bewahrt uns davor, Freiheit auf die Freiheit des Marktes, Gerechtigkeit auf den Rechtsstaat und Solidarität auf Armenfürsorge zu reduzieren.

Immer war es die SPD-Bundestagsfraktion, die die sozialen Belange der Bürgerinnen und Bürger am intensivsten beachtet und sie mit großer Entschiedenheit vertreten hat. Dabei haben wir uns stets am Machbaren und Möglichen ausgerichtet.

Die Zukunft ist offen. Wir erkennen Realitäten an, finden uns aber nicht mit den Verhältnissen ab, wie sie sind. Wir wollen den Weg in eine lebenswerte Zukunft gehen. Wir wollen unser Land zukunftsfähig machen.

- Wir wollen eine friedlichere und gerechtere Welt.
 - Wir wollen das soziale und demokratische Europa.
 - Wir wollen eine solidarische Bürgergesellschaft, eine Kultur des Respekts und der Anerkennung und einen handlungsfähigen demokratischen Staat.
 - Wir wollen die Gleichstellung der Geschlechter verwirklichen.
 - Wir wollen durch qualitatives Wachstum Wohlstand und Lebensqualität für alle ermöglichen und unsere natürlichen Lebensgrundlagen schützen.
 - Wir wollen gute Arbeit und gerechten Lohn für alle.
 - Wir wollen den vorsorgenden Sozialstaat, der Sicherheit, Teilhabe und gleiche Lebenschancen gewährleistet.
 - Wir wollen bessere Bildung für alle in einer kinder- und familienfreundlichen Gesellschaft.
-

Die SPD im Deutschen Bundestag

Die SPD-Bundestagsfraktion war seit ihrer Konstituierung im Jahre 1949 bis zum heutigen Zeitpunkt immer ein gewichtiger Faktor in der Politik. Sie war an der Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik und an den besonderen Leistungen der Sozialdemokratie ganz wesentlich, manchmal sogar ausschlaggebend, beteiligt. Sie ist das Kraftzentrum der deutschen Sozialdemokratie.

Die SPD-Bundestagsfraktion ist die parlamentarische Vertretung der SPD. Zentrale Aufgabe der SPD-Bundestagsfraktion ist es, sich an den programmatischen Aussagen der Partei zu orientieren und diese unter Beachtung der jeweiligen Gegebenheiten und Möglichkeiten und der parlamentarischen Spielregeln im Bundestag in praktische Politik umzusetzen.

Die Fraktion erfüllt diesen Auftrag dadurch, dass sie nach gründlicher Diskussion in Arbeitsgruppen, Querschnittsgruppen, im Fraktionsvorstand und in der Gesamtfraktion ihre Entscheidungen durch Abstimmung trifft und die so getroffenen Entscheidungen im Bundestag geschlossen vertritt.

Eine Fülle von Arbeit



Den meisten sind die Bilder aus den Nachrichten bekannt: der Fraktionsvorsitzende spricht zu Journalisten, Abgeordnete geben Statements ab und im Plenarsaal finden Debatten statt. Doch das ist nur ein winziger Bruchteil der Arbeit, die die Fraktionen mit ihren Abgeordneten leisten. Zwischen 750 und 1.000 Gesetzentwürfe werden in einer Wahlperiode beraten. Diese Beratungen finden in rund 2.600 Sitzungen der Arbeitsgruppen der Fraktionen statt und dann in den Fachausschüssen des Bundestages. Dazu kommen noch 200 bis 300 Sitzungen für öffentliche Anhörungen mit Sachverständigen.

Alle Vorlagen, die im Bundestag behandelt werden, erscheinen als **Drucksache**: Gesetzentwürfe, Anträge von Fraktionen oder der Bundesregierung, Beschlussempfehlungen und Berichte aus den Ausschüssen, Änderungs- und Entschließungsanträge, Große und Kleine Anfragen aus dem Parlament an die Bundesregierung, Berichte und Unterrichtungen sowie Fragen für die Fragestunde im Plenum. In einer vierjährigen Wahlperiode entstehen im parlamentarischen Betrieb mehr als 10.000 Drucksachen – viele von geringem Umfang, einige wie der jährliche Haushaltsplan mit mehr als 3000 Seiten.

Die Verabschiedung der Gesetzentwürfe und Anträge findet in rund 260 Plenarsitzungen, mit insgesamt 11.000 Reden und einer Dauer von 1.960 Stunden statt. Zusätzlich finden in jeder Sitzungswoche Fraktionssitzungen statt und dann ist da noch die Arbeit in Unterausschüssen, Untersuchungsausschüssen, Enquete-Kommissionen, Querschnitts-Arbeitsgruppen usw. Dies alles, weil die Fraktionen ihre Arbeit sehr ernst nehmen und ihrer Verpflichtung, an der gesetzgeberischen Arbeit auch im Detail mitzuwirken, nachkommen.

Diese Arbeit muss vorbereitet, koordiniert, ausgewertet, zusammengefasst, aufbereitet und vermittelt werden. Deshalb haben nicht nur die einzelnen Abgeordneten verschiedene Mitarbeiter (häufig einen für den Wahlkreis und zwei für das Berliner Büro), sondern auch die Fraktion verfügt über erfahrene personelle Unterstützung. So ist die SPD-Bundestagsfraktion nicht nur der Zusammenschluss der SPD-Abgeordneten, sondern auch Arbeitgeber.

.....



Alle vier Jahre eine neue Fraktion

Wenn die Wahlen zum Deutschen Bundestag abgeschlossen sind, die Wahlergebnisse bekanntgegeben wurden, beginnt die Arbeit an der neuen Zusammensetzung des Deutschen Bundestages. Die Abgeordneten werden immer nur für vier Jahre gewählt. Manche Abgeordneten lassen sich danach nicht mehr für die Wahl aufstellen, manche wollen wiedergewählt werden und andere stehen das erste Mal zur Wahl. Somit setzt sich die SPD-Bundestagsfraktion alle vier Jahre neu zusammen.

Wenn eine Partei im Bundestag mit mindestens fünf Prozent aller Abgeordneten vertreten ist, dürfen alle Abgeordneten dieser Partei sich zusammenschließen und eine Fraktion bilden.

Die Fraktionen sind die ersten Gremien, die sich nach einer Bundestagswahl bilden. Jeder Abgeordnete, der für die SPD in den Deutschen Bundestag gewählt wurde, ist ein Mitglied der SPD-Bundestagsfraktion. Wenige Tage nach der Wahl kommen alle SPD-Abgeordneten zu einer Fraktionsitzung zusammen. Dort werden erste organisatorische Fragen besprochen. In einer der ersten Sitzungen wird auch der Fraktionsvorsitzende gewählt. Die weiteren Funktionsträger werden nach der Konstituierenden Sitzung des Deutschen Bundestages gewählt. In rascher Abfolge werden dann in der Fraktion die Funktionsträger gewählt und die inhaltliche Arbeit wird aufgenommen.

Die Fraktionen bestimmen nicht nur über die parlamentarische Arbeit, sie benennen auch die Mitglieder der verschiedenen Gremien im Deutschen Bundestag. Dazu gehört vor allem auch die Besetzung der 22 Ständigen **Ausschüsse** (Fachausschüsse) im Deutschen Bundestag, in denen alle Fraktionen vertreten sind. Die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion, die in einem Fachausschuss sitzen, bilden eine entsprechende **Arbeitsgruppe** in der Fraktion. So ist eine Abgeordnete, die beispielsweise im Ausschuss für Arbeit und Sozialordnung mitarbeitet, automatisch Mitglied der Arbeitsgruppe Arbeit und Sozialordnung der SPD-Bundestagsfraktion.



Die Arbeit der Fraktion

Organisation und Strukturen

Die Arbeit einer großen Fraktion wie der SPD-Bundestagsfraktion muss geplant, koordiniert und organisiert werden. Dafür ist im Wesentlichen der Fraktionsvorstand, insbesondere der Geschäftsführende Fraktionsvorstand, zuständig. Er führt die Geschäfte der Fraktion, plant ihre Arbeit, bereitet die Fraktionsitzungen vor, bereitet die Sitzungen des Fraktionsvorstandes vor, unterrichtet diesen über die Regelung der laufenden Angelegenheiten der Geschäftsführung und berichtet der Fraktion über seine Beratungen.



Der Deutsche Bundestag ist nicht nur ein Arbeits-sondern auch ein Parteienparlament. Er besteht zwar dem Gesetz nach aus vielen einzelnen Abgeordneten, faktisch aber aus einigen wenigen Fraktionen.

Der Vorsitzende der Fraktion, die Stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden und die Parlamentarischen Geschäftsführer/innen bilden den Geschäftsführenden Fraktionsvorstand. Dem Fraktionsvorstand gehören darüber hinaus noch weitere aus der Fraktion gewählte Mitglieder an. Stellt die SPD den Bundespräsidenten oder -präsidentin, gehört sie oder er auch dem Fraktionsvorstand an. In jedem Falle aber ist der/die Vizepräsident/in Mitglied des Fraktionsvorstands.

Die Parlamentarischen Geschäftsführer/innen erledigen die parlamentarischen, juristischen und organisatorischen Aufgaben der Fraktion. Sie stehen auch den Verwaltungs-Abteilungen der Fraktion vor, wie beispielsweise Personalbüro, Abteilung für Öffentlichkeitsarbeit oder der EDV-Abteilung.

Die Stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden sind an erster Stelle für festgelegte politische Bereiche zuständig. Sie koordinieren die Arbeit der Arbeitsgruppen aus den ihnen zugeordneten Bereichen.

In den Arbeitsgruppen findet die inhaltliche politische Arbeit der SPD-Bundestagsfraktion statt. Dort werden die Gesetze der Bundesregierung beraten, eigene Gesetzestexte erstellt, Änderungen an den Gesetzen vorgenommen, Anträge besprochen, die Sitzungen der Ausschüsse inhaltlich vorbereitet, Strategien im Umgang mit Themen erarbeitet.

Die Verlagerung der Parlamentsarbeit in die Ausschüsse und Arbeitsgruppen ist erforderlich, weil das Parlament an der gesetzgeberischen Arbeit auch im Detail mitwirken will.



Die endgültigen Entscheidungen über parlamentarische Initiativen treffen alle Abgeordneten nach gründlicher Diskussion durch Abstimmung in den Fraktionssitzungen. Die Fraktion nimmt sich Zeit für ausführliche Diskussionen zu wichtigen Themen. Dazu bringen die Abgeordneten auch die Sorgen und Nöte aus ihren Wahlkreisen mit. Aber es geht in den Fraktionssitzungen auch immer wieder um Themen zu nationalen und internationalen Entwicklungen, die über die aktuelle Sitzungswoche hinaus gehen.

Die Parlamentswochen



In der Regel sind alle Abgeordneten während der 22-25 Sitzungswochen des Jahres in Berlin und bewältigen einen großen Berg an Arbeit, den diese Sitzungs- oder Parlamentswochen mit sich bringen. Diese Sitzungs- oder Parlamentswochen haben einen feststehenden Ablauf: Am Anfang der Woche müssen verschiedene Fraktions- und Bundestagsgremien tagen, um die Themen vorzubereiten, die im Plenum – meistens donnerstags und freitags – behandelt werden.

	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag
8.00 Uhr		Arbeitsgruppensitzungen		Anfang Plenarsitzung	Anfang Plenarsitzung
9.00 Uhr			Ausschusssitzungen		
10.00 Uhr					
11.00 Uhr		12.30 Obleute-Besprechung	Befragung der Bundesregierung im Plenum	Ältestenrat	
12.00 Uhr	PGF-Runde				
13.00 Uhr					
14.00 Uhr	Geschäftsführender Fraktionsvorstand	Fraktionssitzung	weitere Ausschuss- u. Kommissionssitzungen		Ende Plenum
15.00 Uhr					
16.00 Uhr	Fraktionsvorstand		Aktuelle Stunde im Plenum		
17.00 Uhr					
18.00 Uhr					
19.00 Uhr					
20.00 Uhr					
21.00 Uhr				Ende Plenum	

PGF-Runde: Die Parlamentarischen Geschäftsführer/innen der SPD-Bundestagsfraktion treffen sich zu einem Koordinierungsgespräch.

Der **Geschäftsführende Fraktionsvorstand (GfV)** tagt in der Regel montags – als einziges Gremium der Fraktion auch in sitzungsfreien Wochen –, um die Sitzungswochen vorzubereiten und aktuelle Themen zu besprechen.

Der **Fraktionsvorstand** tagt in der Regel montags nur in Sitzungswochen, um die Arbeit der Fraktion zu planen und die Fraktionsitzungen vorzubereiten.

Die Abgeordneten eines Bundeslandes bilden eine **Landesgruppe**. Auch diese treffen sich in Sitzungswochen. Es geht dabei um die besonderen regionalen Interessen ihrer parlamentarischen Arbeit.

In den **Arbeitsgruppensitzungen** werden vor allem die Ausschusssitzungen vorbereitet.

In der **Obleutebesprechung** bereiten die Sprecher/Sprecherinnen der Arbeitsgruppen mit dem 1. PGF die laufende und folgende Sitzungswoche vor.

In den **Fraktionssitzungen** sind alle Mitglieder der Fraktion anwesend, um auf Empfehlung des Fraktionsvorstandes die Position der Fraktion zu den einzelnen Tagesordnungspunkten des Plenums zu diskutieren und festzulegen.

In den **Ausschusssitzungen** wird die eigentliche parlamentarische Arbeit geleistet; dort finden die heftigsten politischen Auseinandersetzungen statt. Sie sind die letzte Stufe im Prozess der Willensbildung vor dem Bundestagsplenum.

Bei der **Befragung der Bundesregierung** haben die Abgeordneten die Möglichkeit, die Bundesregierung zur vorangegangenen Kabinettsitzung zu befragen.

Über welche Themen wie lange im Plenum debattiert wird, entscheidet der **Ältestenrat**. Er besteht aus dem Bundestagspräsidenten, den Vizepräsidenten und –präsidentinnen und weiteren 23 erfahrenen Abgeordneten aus allen Fraktionen.

Am Donnerstag und Freitag finden die **Plenarsitzungen** statt. Daneben laufen allerdings weitere Sitzungstermine mit Fachleuten. Aus diesem Grund bleiben die Bänke im Plenarsaal auch oftmals leer. Dies bedeutet jedoch keineswegs, dass unsere Abgeordneten nicht arbeiten. Das meiste, was ein Parlamentarier/eine Parlamentarierin in einer Sitzungswoche leistet, bleibt nach außen völlig unsichtbar.

Die Arbeitsteilung

Bei der Vielzahl der Themen, Gesetze, Anträge etc. ist eine Arbeitsteilung unerlässlich. So spezialisieren sich die Abgeordneten meist auf ein Fachgebiet und bringen dieses Expertenwissen in den Willenbildungsprozess der Fraktion ein.

Schwierige Gesetze können nicht allein in kleinen Fraktionszirkeln bearbeitet werden. Da muss man mit Fachleuten in den Ministerien, den Universitäten, Unternehmen oder Verbänden sprechen. Wenn ein Gesetz entsteht, wird oft auch eine Expertenanhörung durchgeführt.



Jede(r) Bundestagsabgeordnete ist Mitglied in einem der 22 Bundestagsausschüsse, manche auch in mehreren, und zugleich stellvertretendes Mitglied in einem anderen Ausschuss. Dazu kommen Enquete-Kommissionen, die sich über Jahre gründlich mit einem besonders schwierigen Thema auseinandersetzen oder Untersuchungsausschüsse, die – ähnlich wie ein Gericht – bestimmte öffentliche Vorfälle untersuchen.

Die Ausschusssitzungen des Bundestages werden in der SPD-Bundestagsfraktion durch Ausschussarbeitsgruppen vorbereitet.

Alle SPD-Mitglieder eines Bundestagsausschusses bilden zusammen eine Arbeitsgruppe. Die Sprecherin/der Sprecher einer Arbeitsgruppe ist der Fraktion für die Arbeit im Ausschuss verantwortlich.

In weiteren fraktionsinternen Arbeits- bzw. Projektgruppen werden spezielle Themen wie zum Beispiel „Bürgerschaftliches Engagement“ oder „Kommunalpolitik“ behandelt.

Die Bundestagsausschüsse (Fachausschüsse):

- Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung
- Petitionsausschuss
- Auswärtiger Ausschuss
- Innenausschuss
- Sportausschuss
- Rechtsausschuss
- Finanzausschuss
- Haushaltsausschuss
- Ausschuss für Wirtschaft und Technologie
- Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz
- Ausschuss für Arbeit und Soziales
- Verteidigungsausschuss



- Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
- Ausschuss für Gesundheit
- Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
- Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
- Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe
- Ausschuss für Bildung, Forschung und Technologiefolgenabschätzung
- Ausschuss für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
- Ausschuss für Tourismus
- Ausschuss für Angelegenheiten der Europäischen Union
- Ausschuss für Kultur und Medien

.....

Die Arbeit der Abgeordneten im Wahlkreis

Unsere Abgeordneten arbeiten natürlich nicht nur in den Sitzungswochen in Berlin, sondern auch in ihren Wahlkreisen. In Deutschland vertreten die einzelnen Abgeordneten sowohl das ganze Volk als auch ihren eigenen Wahlkreis. Um beiden Aufgaben gerecht zu werden, müssen sie immer abwechselnd im Bundestag und in ihrer Heimat anwesend sein, wo sie meistens ein oder mehrere Wahlkreisbüros haben.



„Hautnah“ erleben die Bürgerinnen und Bürger die Arbeit ihrer Abgeordneten vor allem im Wahlkreis, wo die Volksvertreter/innen in der Regel ihren Wohnsitz haben – bei Straßenaktionen, Informationsveranstaltungen in der Fußgängerzone oder auf dem Marktplatz, bei politischen Veranstaltungen, Betriebsbesuchen oder bei einem persönlichen Gespräch. Es gibt natürlich die Möglichkeit eines Besuches im Bundestag, z. B. mit einer Gruppe auf Einladung eines/einer Abgeordneten. Man kann mit ihnen auch per Internet kommunizieren. Fast alle haben inzwischen eine eigene Homepage.

Das Wahlkreisbüro ist der Arbeitsplatz des Abgeordneten/der Abgeordneten im Wahlkreis und somit die direkteste Kontaktstelle für die Bürgerinnen und Bürger vor Ort. Dort werden die Abgeordneten von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern unterstützt, die deren Arbeit organisieren, Termine vereinbaren und Fragen von Bürgerinnen und Bürgern beantworten. Die Telefonnummern der Wahlkreisbüros stehen in den örtlichen Telefonbüchern und auf der Homepage der SPD-Bundestagsfraktion (www.spdfraktion.de). Die Sprechstunden der Abgeordneten werden meistens in der Lokalzeitung regelmäßig veröffentlicht.

Viele Bürger wenden sich mit ihren Interessen, Fragen oder Sorgen an ihre Bundestagsabgeordneten, bitten um **Rat** oder **Unterstützung**. Oft geht es um Probleme, die viele Menschen betreffen, wie zum Beispiel eine Umgehungsstraße oder den Bau einer Autobahn nahe einer Wohnsiedlung, Ausbildungsplätze oder um die Schließung eines Betriebes. Es kann sich aber auch um persönliche Belange von einzelnen Menschen handeln. Manche dieser Probleme gehören gar nicht in den Zuständigkeitsbereich des Bundestages, sie sind Ländersache oder eine Angelegenheit der Gemeinden. Mit ihren Kontakten zu Bürgermeistern, Landräten, Landesregierungen oder Bundesministerien und ihren Kenntnissen der Verwaltungsabläufe können Bundestagsabgeordnete trotzdem wichtige Hilfe leisten.

Von den Abgeordneten wird erwartet, dass sie zu den unterschiedlichsten Themen eine Meinung haben, dass sie wissen, was in ihrem Wahlkreis und in der Bundespolitik vorgeht. Deshalb stehen sie oft lokalen Interessengruppen, Verbänden oder Unternehmen und natürlich der Presse Rede und Antwort. Das gilt auch am Wochenende.

.....

Blick in einen Terminplan eines Abgeordneten

7.00	Bürobesprechung Wahlkreis	MONTAG
8.00		
9.00		
10.00		
11.00		
12.00	Anreise aus dem Wahlkreis nach Berlin	
13.00		
14.00		
15.00	Bürobesprechung	
16.00		
17.00	Fraktionsvorstand	
18.00		
19.00		
20.00	Landesgruppe bis 22:00 Uhr	

7.00	Arbeitsfrühstück der Landesgruppensprecher	DONNERSTAG
8.00		
9.00	bis 21:00 Uhr Plenum	
10.00		
11.00		
12.00		
13.00	Interview Stern Magazin	
14.00		
15.00	Besuchergruppe	
16.00		
17.00		
18.00		
19.00		
20.00		

7.00		FREITAG
8.00		
9.00	bis 14:00 Uhr Plenum	
10.00	10:00 Uhr - Gespräch mit BUND und Nabu zum Naturschutzgesetz	
11.00		
12.00	Gespräch mit Staatssekretär zum Bundesverkehrswegeplan	
13.00		
14.00		
15.00	Abreise Wahlkreis	
16.00		
17.00		
18.00		
19.00	SPD-Landesvorstand bis 21 Uhr	
20.00		

7.00	
8.00	8:10 Uhr Telefoninterview Deutschlandfunk
9.00	
10.00	Obleutegespräch des Umweltausschusses
11.00	
12.00	
13.00	Telefonate Wahlkreis
14.00	Vorbereitung Umweltausschuss/Sekretariatsbesprechung
15.00	bis 19:00 Uhr Fraktionssitzung
16.00	
17.00	
18.00	
19.00	Parlamentarischer Abend Erneuerbare Energieträger
20.00	

DIENSTAG

7.00	
8.00	8:10 Uhr 8:30 Telefoninterview Deutschlandfunk
9.00	9:30 Uhr - 13:00 Uhr Sitzungs des Umweltausschusses
10.00	
11.00	
12.00	
13.00	Befragung der Bundesregierung
14.00	
15.00	15:30 Uhr Aktuelle Stunde
16.00	
17.00	Gespräch mit Greenpeace zur Atompolitik
18.00	
19.00	19:30 Uhr bis ca. 22:00 Uhr Vortrag Industrie- und
20.00	Handelskammer, anschließend Empfang

MITTWOCH

7.00	
8.00	
9.00	
10.00	Einweihung Ausbildungszentrum in Jena
11.00	
12.00	Gespräch mit Lokalredaktion zu Abwassergebühren
13.00	
14.00	Gewerkschaftstag
15.00	
16.00	
17.00	
18.00	
19.00	Jugendzentrum Diskussionsrunde zu Jugend und Politik
20.00	

SAMSTAG

7.00	
8.00	
9.00	
10.00	
11.00	
12.00	
13.00	
14.00	
15.00	Seniorenheim „Kaffee und Gespräch“
16.00	
17.00	
18.00	
19.00	
20.00	

SONNTAG

Unsere Grundwerte

Freiheit bedeutet die Möglichkeit, selbstbestimmt zu leben. Jeder Mensch ist zur Freiheit berufen und befähigt. Ob er dieser Berufung entsprechend leben kann, entscheidet sich in der Gesellschaft. Er muss frei sein von entwürdigenden Abhängigkeiten, von Not und von Furcht und er muss die Chance haben, seine Fähigkeiten zu entfalten und in Gesellschaft und Politik verantwortlich mitzuwirken. Nur wer sich sozial ausreichend gesichert weiß, kann seine Freiheit nutzen. Die Freiheit des Einzelnen endet, wo sie die Freiheit des Anderen verletzt. Wer anderen Unfreiheit zumutet, kann auf Dauer selbst nicht frei sein.

Gerechtigkeit gründet in der gleichen Würde jedes Menschen. Sie bedeutet gleiche Freiheit und gleiche Lebenschancen, unabhängig von Herkunft oder Geschlecht. Also meint Gerechtigkeit gleiche Teilhabe an Bildung, Arbeit, sozialer Sicherheit, Kultur und Demokratie, gleichen Zugang zu allen öffentlichen Gütern. Wo die ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen die Gesellschaft teilt in solche, die über andere verfügen und solche, über die verfügt wird, verstößt sie gegen die gleiche Freiheit und ist darum ungerecht. Daher erfordert Gerechtigkeit mehr Gleichheit in der Verteilung der Einkommen, Vermögen und Macht. Denn große Ungleichheiten in deren Verteilung gefährden die Gleichheit der Lebenschancen. Deswegen ist die soziale Demokratie notwendig.

Gleiche Lebenschancen bedeuten nicht Gleichmacherei. Im Gegenteil: Sie bieten Raum für die Entfaltung individueller Neigungen und Fähigkeiten. Menschen sind und bleiben verschieden. Aber natürliche Ungleichheiten und soziale Herkunft dürfen nicht zum sozialen Schicksal werden. Lebenswege dürfen nicht von vornherein festgelegt sein. Wir wenden uns gegen jede Form von Privilegien oder Benachteiligungen aufgrund der Herkunft, des Standes, der Hautfarbe, des Geschlechts, der sexuellen Orientierung, der Religion. Leistung muss anerkannt und respektiert werden. Gerecht ist eine der Leistung angemessene Verteilung von Einkommen und Vermögen. Eigentum verpflichtet: Wer überdurchschnittlich verdient, mehr Vermögen besitzt als andere, muss auch mehr zum Wohl der Gesellschaft beitragen.

Solidarität bedeutet wechselseitige Verbundenheit, Zusammengehörigkeit und Hilfe. Sie ist die Bereitschaft der Menschen, füreinander einzustehen und sich gegenseitig zu helfen. Sie gilt zwischen Starken und Schwachen, zwischen Generationen, zwischen den Völkern. Solidarität schafft Macht zur Veränderung, das ist die Erfahrung der Arbeiterbewegung. Solidarität ist eine starke Kraft, die unsere Gesellschaft zusammenhält – in spontaner und individueller Hilfsbereitschaft, mit gemeinsamen Regeln und Organisationen, im Sozialstaat als politisch verbürgter und organisierter Solidarität.

.....

Wichtige Geschichtsdaten der Fraktion

Bereits in das erste deutsche Parlament, der Paulskirche in Frankfurt 1848, zogen Arbeitervertreter ein. Sie können als Vorläufer der deutschen Sozialdemokratie angesehen werden. Während der Zeit des Kaiserreichs entwickelt sich die Sozialdemokratie bis 1912 zur stärksten Partei. Ihr bekanntester Redner ist August Bebel.

In der Weimarer Republik ist die SPD an vielen Koalitionsregierungen gemeinsam mit der katholischen Zentrumspartei beteiligt. Neben Friedrich Ebert, dem ersten demokratisch gewählten Reichspräsidenten in der deutschen Geschichte stellt sie mit Hermann Müller einen der bemerkenswertesten Reichskanzler. Nach einer flammenden Rede ihres Vorsitzenden Otto Wels stimmt die SPD-Fraktion 1933 geschlossen gegen das Ermächtigungsgesetz, mit dem Hitler die parlamentarische Demokratie abschafft.

1. Legislaturperiode 1949 - 1953

- 14. August 1949: Wahlen zum ersten Deutschen Bundestag.
- Die SPD kommt auf 29 Prozent der Stimmen, die CDU/CSU erhält 31 Prozent.
- Erster Vorsitzender der SPD-Fraktion wird Kurt Schumacher, der auch Parteivorsitzender ist.
- Die CDU/CSU wird von kleineren bürgerlichen Parteien unterstützt und bildet die Regierung.
- 1952 stirbt Schumacher. Sein Nachfolger als Partei- und als Fraktionsvorsitzender wird Erich Ollenhauer.

2. Legislaturperiode 1953 - 1957

- 6. September 1953: Wahl zum zweiten Deutschen Bundestag.
- Die SPD wird mit 28,8 Prozent wieder zweitstärkste Kraft.
- Zum Fraktionsvorsitzenden wird Parteichef Erich Ollenhauer wiedergewählt

3. Legislaturperiode 1957 - 1961

- 14. September 1957: Wahl zum dritten Deutschen Bundestag.
- Die SPD erringt 31,8 Prozent der Stimmen.
- Fraktionsvorsitzender wird erneut Erich Ollenhauer, sein Stellvertreter ist zeitweilig Herbert Wehner.

4. Legislaturperiode 1961 - 1965

- 17. September 1961: Wahl zum vierten Deutschen Bundestag.
- Die SPD erringt 36,2 Prozent der Stimmen.
- 1963: Tod Ollenhauers
- 1964: Willy Brandt wird SPD-Parteivorsitzender, Fritz Erler SPD-Fraktionsvorsitzender.

5. Legislaturperiode 1965 - 1969

- 19. September 1965: Wahl zum fünften Deutschen Bundestag.
- Die SPD erreicht 39,3 Prozent der Wählerstimmen.
- 1966: Die Regierungs-Koalition aus CDU/CSU und FDP löst sich auf.
- SPD und CDU/CSU vereinbaren die Bildung einer »Großen Koalition«.
- November 1966: CDU-Bundeskanzler Ludwig Erhard tritt zurück.
- Dezember 1966: Die neue Regierung aus CDU/CSU und SPD wird vereidigt.

- Bundeskanzler ist Kurt Georg Kiesinger (CDU), Vizekanzler und Außenminister Willy Brandt.
- Februar 1967: Tod von Fritz Erler. Neuer Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion wird Helmut Schmidt.

6. Legislaturperiode 1969 - 1972

- 28. September 1969: Wahl zum sechsten Deutschen Bundestag.
- Die SPD erhält 42,7 Prozent der Stimmen.
- SPD und FDP bilden eine Regierungskoalition.
- Oktober 1969: Willy Brandt wird zum neuen Bundeskanzler gewählt, Außenminister und Vizekanzler wird Walter Scheel (FDP). Helmut Schmidt wird Verteidigungsminister, sein Nachfolger als SPD-Fraktionsvorsitzender wird Herbert Wehner.
- April 1972: Das Misstrauensvotum gegen Brandt scheitert.
- Die Patt-Situation im Bundestag zwingt zu Neuwahlen.

7. Legislaturperiode 1972 - 1976

- 19. November 1972: Wahl zum siebenten Deutschen Bundestag.
- Die SPD erreicht 45,8 Prozent der Stimmen.
- SPD-Fraktionsvorsitzender bleibt Herbert Wehner.
- Mai 1974: Bundeskanzler Willy Brandt tritt wegen der Guillaume-Affäre zurück.
- Brandts Nachfolger als Bundeskanzler wird Helmut Schmidt.

8. Legislaturperiode 1976 - 1980

- 3. Oktober 1976: Wahl zum achten Deutschen Bundestag.
- Die SPD kommt auf 42,6 Prozent.
- SPD-Fraktionsvorsitzender wird erneut Herbert Wehner.

- Die Koalition mit der FDP wird fortgesetzt.

9. Legislaturperiode 1980 - 1983

- 5. Oktober 1980: Wahl zum neunten Bundestag.
- Die SPD erreicht 42,9 Prozent der Stimmen.
- SPD-Fraktionsvorsitzender bleibt Herbert Wehner.
- Die Regierungs-Koalition zwischen SPD und FDP wird zunächst fortgesetzt.
- September 1982: Als Reaktion auf den »Wendebrief« der FDP erklärt Bundeskanzler Helmut Schmidt die Koalition für beendet. Durch ein konstruktives Misstrauensvotum von Union und FDP wird Schmidt abgewählt. Neuer Bundeskanzler wird Helmut Kohl (CDU).

10. Legislaturperiode 1983 - 1987

- 6. März 1983: Wahl zum zehnten Deutschen Bundestag.
- Die SPD kommt auf 38,2 Prozent. Sie muss jetzt erneut die Oppositionsrolle übernehmen.
- Neuer Fraktionsvorsitzender wird Hans-Jochen Vogel.

11. Legislaturperiode 1987 - 1990

- 25. Januar 1987: Wahl zum elften Deutschen Bundestag.
- Die SPD erreicht 37 Prozent.
- März 1987: Willy Brandt tritt als Parteivorsitzender zurück, sein Nachfolger wird Hans-Jochen Vogel, der Ende Januar erneut zum Fraktionsvorsitzenden gewählt worden war.
- Im Januar 1990 stirbt der langjährige Fraktionsvorsitzende Herbert Wehner.
- März 1990: Erste freie Wahl zur Volkskammer der DDR, die SPD erhält dort 21,9 Prozent.

12. Legislaturperiode 1990 - 1994

- 2. Dezember 1990: Wahl zum zwölften Deutschen Bundestag.
- Die SPD erreicht 33,5 Prozent der Stimmen.
- Fraktionsvorsitzender bleibt bis 1991 Hans-Jochen Vogel, sein Nachfolger in diesem Amt wird Hans-Ulrich Klose. .

13. Legislaturperiode 1994 - 1998

- 16. Oktober 1994: Wahl zum 13. Deutschen Bundestag.
- Die SPD steigert sich auf 36,4 Prozent und muss sich nur knapp der Koalition aus CDU/CSU und FDP geschlagen geben.
- Neuer Fraktionschef wird Rudolf Scharping.

14. Legislaturperiode 1998 - 2002

- 27. September 1998: Wahl zum 14. Deutschen Bundestag.
- Die SPD erringt mit 40,9 Prozent der Stimmen einen eindrucksvollen Wahlsieg.
- SPD und Bündnis 90/Die Grünen bilden eine Regierungskoalition.
- 25. Oktober 1998: Gerhard Schröder wird zum Bundeskanzler gewählt
- Neuer SPD-Fraktionsvorsitzender wird Dr. Peter Struck. Nachdem Struck im Juli 2002 das Amt des Verteidigungsministers übernimmt, wird Ludwig Stiegler für den Rest der Legislaturperiode Fraktionsvorsitzendender.

15. Legislaturperiode 2002 - 2005

- 22. September 2002: Wahl zum 15. Deutschen Bundestag.
- Die SPD kommt auf 38,5 Prozent der Wählerstimmen und kann wiederum eine Regierungskoalition mit den Grünen bilden.
- Neuer Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion wird Franz Müntefering.
- Juli 2005: Bundeskanzler Gerhard Schröder scheitert im Bundestag mit einer Vertrauensfrage. Der Bundespräsident löst den Bundestag auf und ordnet Neuwahlen für den 18. September 2005 an.

16. Legislaturperiode 2005 - 2009

- 18. September 2005: vorgezogene Wahl zum 16. Deutschen Bundestag.
- Die SPD erhält 34,2 Prozent, CDU/CSU 35,2 Prozent der Stimmen. Es kommt zur Bildung einer Großen Koalition.
- Am 21. November wird Dr. Peter Struck zum Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion gewählt.
- Am 22. November 2005 wird Angela Merkel (CDU) zur Bundeskanzlerin gewählt. Bundesarbeits- und Sozialminister Franz Müntefering wird Vizekanzler. Ihm folgt im November 2007 Außenminister Frank-Walter Steinmeier.



Hinweise

www.spdfraktion.de

Das Internetangebot der SPD-Bundestagsfraktion spdfraktion.de bietet umfangreiche Informationen zu ihrer Arbeit im Deutschen Bundestag und zwar unter dem Menüpunkt „Themen“. Unter der Rubrik „Fraktion“ finden Sie die Ausschussarbeitsgruppen mit Materialien und einer Liste der Mitglieder der Arbeitsgruppe. Darüber hinaus bieten wir ausführlichere Informationen zu unserem Fraktionsvorsitzenden und unserem Fraktionsvorstand.

Unter dem Menüpunkt Die „Abgeordneten“ erhalten Sie weiterführende Hinweise zu unseren Fraktionsmitgliedern; darunter die Kontaktdaten zu den Büros im Deutschen Bundestag und in den Wahlkreisbüros. Eine Wahlkreisübersicht ermöglicht anhand einer Karte über die Auswahl des Bundeslandes die geographische Auswahl eines Wahlkreises und des zuständigen Bundestagsabgeordneten.

Außerdem stehen auf unserer Internetseite alle unsere Veröffentlichungen zum Herunterladen für Sie bereit. Ebenso können Sie online die digitale Ausgabe unseres Informationsdienstes Fraktion Intern abonnieren. Und auch unsere Pressemitteilungen, Veranstaltungs- sowie Medientermine können Sie sich regelmäßig zusenden lassen.

Kontakt

SPD-Bundestagsfraktion
Öffentlichkeitsarbeit, Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon (0 30) 227 57 133
Telefax (0 30) 227 56 800
E-Mail: oeffentlichkeitsarbeit@spdfraktion.de



Themenreihe:
 60 Jahre SPD-Bundestagsfraktion
 - 1949 bis 2009
 (46 Seiten, April 2010)

„60 Jahre SPD-Bundestagsfraktion“

Am 31. August 1949 hat sich die SPD-Bundestagsfraktion unter Leitung von Kurt Schumacher zum ersten Mal konstituiert. Mit ihrer Arbeit hat die Fraktion von Beginn an zur Stärkung der parlamentarischen Demokratie und zum Aufbau einer sozialen Gesellschaft beigetragen. 60 Jahre danach erinnerte die SPD-Bundestagsfraktion mit einer Veranstaltung an dieses Datum. Die Reden und die Diskussionsrunde werden in dieser A5-Broschüre dokumentiert.



Geschichte der Fraktion
Eine Übersicht in Stichworten
(51 Seiten, September 2008)

„Geschichte der SPD-Bundestagsfraktion“

Die Broschüre in DIN-lang zeichnet in Stichworten die Fraktionsgeschichte von der 1. bis zur 16. Wahlperiode nach. Anhand zahlreicher Fotos wird sozialdemokratische Politik lebendig.

IMPRESSUM

HERAUSGEBERIN: SPD-BUNDESTAGSFRAKTION,
PETRA ERNSTBERGER MDB, PARLAMENTARISCHE GESCHÄFTSFÜHRERIN,
PLATZ DER REPUBLIK 1, 11011 BERLIN

STAND: DEZEMBER 2010

HERSTELLUNG: SPD-BUNDESTAGSFRAKTION, ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

FOTOS: KLAUS VYHNALEK (TITEL), BILDERBOX.COM (S. 5, 6, 7, 20),
DEUTSCHER BUNDESTAG/LICHTBLICK/ACHIM MELDE (S. 10, 14, 15),
SIMONE M. NEUMANN (S. 18), BARBARA FROMANN (S. 31)

DIESE VERÖFFENTLICHUNG DER SPD-BUNDESTAGSFRAKTION DIENT
AUSSCHLIESSLICH DER INFORMATION. SIE DARF WÄHREND EINES
WAHLKAMPFES NICHT ALS WAHLWERBUNG VERWENDET WERDEN.